

Keine Chance dem Militär, den Militaristen und ihren Propagandisten!

Von der Berliner Antikriegskonferenz 2014

Den 3. Oktober im Berliner Haus der Demokratie bestimmten der 125. Geburtstag Carl von Ossietzkys und der dazu ausgerufenen „Tag der Wahrheit – Ehrliche Journalisten verweigern den Kriegstreiberdienst“. Der Brückenschlag aus der Ossietzky-Matinee von Eckart Spooßs Zweiwochenschrift zu den nachfolgenden Foren der „Antikriegskonferenz 2014“ gelang. Gerührt und doch ruhelos ging Laura von Wimmersperg am Tag ihres „80.“ auf Matinee-Wünsche ein und berichtete aus der unermüdlichen Arbeit „ihrer“ Friedenskoordination, die seit 34 Jahren – inzwischen unter stark veränderten Bedingungen – in Berlin wirkt. Da war ihre Sorge, die Beteiligung zum bevorstehenden Aktionstag gegen Drohnen am Reichstagsgebäude könne zu schwach ausfallen, durchaus ein Thema. Ossietzky-Mitherausgeber Rolf Gössner hob insbesondere die Digitalcourage von Edward Snowden hervor, einen Kronzeugen, den die offizielle Politik von Merkel bis Gauck nachhaltig zu ignorieren sucht. Gössner hat die auch auf Snowden-Aussagen beruhende Strafanzeige wegen Massenüberwachung und globaler Datenspionage gegen Geheimdienste und Bundesregierung mitverfasst. Die einzig funktionierende demokratische Kontrolle über demokratiewidrige Geheimdienste könne nur in deren vollständiger Auflösung bestehen, wiederholte er später noch einmal vor Konferenzteilnehmern. Als Gastreferent der Matinee thematisierte Rudolph Bauer die militanten Think-Thank-Strategien der Bertelsmann-Stiftung und des praktisch tief ausgreifenden Gütersloher Konzerns.

Nachmittags der direkte Auftakt zur Antikriegskonferenz. Jörg Wollenberg, Bremen, beleuchtete geschichtliche Alternativen der deutschen Arbeiterbewegung: Anprangerung oder Kriegsverführung. Dem rechten „Burgfrieden“-Lager von 1914 standen früh ausgegrenzte antimilitaristische Kritiker gegenüber: die Intellektuellen Ossietzky, Erich Mühsam (am 5.12.1914 an Karl Liebknecht: „Glückwunsch zu Ihrer mannhaften Demonstration im Reichstag“) oder Walter Fabian. Als Autor zur „Kriegsschuldfrage“ im Auftrag der Liga für Menschenrechte und der Deutschen Friedensgesellschaft hielt Fabian 1925 der Weimarer Republik ihre Lebenslüge vor. (Was Christopher Clark für 2014 nicht hinderte, eine fragwürdige Variante über quasi hineingeschlitterte europäische „Schlafwandler“ zu publizieren.) Niemand im „Führerkreis“ der freien Gewerkschaften (ADGB) fand Anfang 1933 eine antifaschistische Alternative zum katastrophalen Weg in die organisatorische Selbstpreisgabe und Zerschlagung. Bei seinen Ansätzen 1945 zu einer neuen Gewerkschaftspolitik scheiterte Metallgewerkschafter Otto Brenner, ein international denkender Verehrer Rosa Luxemburgs. In Funktionskreisen war es verpönt, an die unabhängige und marxistisch geprägte Tradition der Pazifisten, Sozialisten und Kommunisten anzuknüpfen. Die tolerierenden DGB-Positionen heute sind u. a. darauf aus, Arbeitsplätze in der exportierenden Rüstungsindustrie zu sichern. Aus „Nie wieder Krieg“ ist längst „Nie wieder Krieg ohne uns“ geworden.

Kriegsvorbereitungen und -unterstützung an den russischen Grenzen sind das Letzte, was wir in Deutschland und Europa brauchen, kommentierte Matthias Jochheim, IPPNW, den herausfordernden Spektakel des bürgerlichen Mainstreams. Während authentische Informationen als Friedensaufgabe komplett ausgespart bleiben, kommt Kriegsministerin von der Leyen mit Luna-Drohnen der Bundeswehr zu Wort. Sie sollen die „Waffenruhe“ in der Ostukraine überwachen. Das erfordert auch „Mittel für höhere Verteidigungsaufgaben“, doch immer mehr



Demonstration der Friedensbewegung am 4. Oktober vor dem Bundestagsgebäude

Bundeswehr-Soldaten verweigern den Dienst im Auslands-Einsatz.

Mit der „Wirtschafts-NATO“, wie das umstrittene Freihandelsabkommen TTIP in salopp-interner Selbstcharakterisierung heißt, beschäftigt sich der interventionistische Philosoph und Publizist Werner Rügemer, Köln. NATO und Marshallplan wurden als US-Instrumente im Kalten Krieg beinahe gleichzeitig, durchaus mit demselben Ziel gegründet. Wie der weltweite Führungsanspruch der USA gegenüber umworbene Partnern funktioniert, zeigt sich beim Ukraine-Konflikt, wo die EU-Konkurrenz ausgestochen und für die geheimdienstlich schon selber vorbereitete Länder-Übernahme (un-) gewisse Marktprivilegien versprochen wurden. Militärische Absicherung – mit einem Ring um Rußlands Grenzen – gehört ebenso dazu wie „Säuberungsaufträge“ für Kollaborateure im Inneren. Sie sollen zivilgesellschaftliche Gegenkräfte (Kommunisten, Gewerkschafter, russische „Separatisten“) ausschalten oder zumindest schwächen. Selbst der Merkel-Regierung wurde der militärische Hebel zur Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung deutlich gemacht. Es wurde begreifbar, dass die Mitgliedschaft in der NATO allemal wichtiger ist als die Mitgliedschaft in der EU.

Rolf Gössner und dem von ihm zitierten Freiburger Historiker Josef Föschepoth zufolge wird die Bundesrepublik unter allen EU-Staaten digital am stärksten überwacht, wobei die neue mögliche Quantität auch eine neue Qualität der Überwachung unter Umgehung des Grundgesetzes schafft. Die 1963 zwischen NATO und BRD getroffene Sondervereinbarung ermöglichte den stationierten NATO-Staaten die legale Überwachung bis 2013. Inzwischen befinden wir uns in einem globalen Informationskrieg, in dem digitale Überwachung und Intervention eine Symbiose eingehen.

Ob dies auch zu einer eingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik führt, wie der Schriftsteller Wolfgang Bittner aus Göttingen meinte, bleibt angesichts dieser kriegstreibenden Tatsache der NATO-Partner dahingestellt. Bittners Blick richtete sich auf die von den USA und europäischen Ländern destabilisierten Staaten Afghanistan, Irak und Libyen, die durch Eskalation und Militarisation ins Chaos gestürzt wurden. Dies zeige deutlich, wo die Ursachen der Flüchtlingsströme nach Europa liegen. Das gleiche trifft auf die Ukraine zu, wo inzwischen über 3000 Menschen russischer Nationalität erschossen, verbrannt oder erschlagen wurden.

Die Linksfraction-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke war gerade erst von einer Nahostreise zurückgekehrt. Sie berichtete über die Not syrischer

Flüchtlinge und die unmittelbare Gefahr eines neuen Massakers an Kurden in Kobani. Die dringend notwendige Unterstützung der Menschen bei der Verteidigung des syrisch-kurdischen Grenzgebiets Rojava muß auch Hilfe für deren Familienangehörige einschließen, leider sind wir dazu noch zuwenig.

Der IALANA-Anwalt Otto Jäckel beschäftigte sich mit dem System kollektiver Sicherheit als verfassungs- und völkerrechtskonforme Alternative zur „realpolitischen“ Konfrontationspolitik. Die Internationale Liga für Menschenrechte klagt gegen die Bundesregierung wegen der fortdauernden Starterlaubnis für US-Kampfeinsätze etwa von der Luftwaffenbasis Ramstein aus. Gemäß Artikel 36 Absatz 3 der UN-Charta sei das ein strafbar unterlassenes Handeln. RAV-Anwalt Vol-

ker Eick, der auch als exzellenter Drohnenexperte aufklärte, vermutet im Raum Stuttgart eine weitere geheimgehaltene Basis und verwies auf das steuernde Zentrum Luftoperationen der Bundesluftwaffe in Kalkar. Da schon die Vorbereitung eines Angriffskrieges völkerrechtlich unter Strafe gestellt ist, ergäben sich für eine erstarkende Friedensbewegung wirksame Ansätze, so Jäckel. Wenn es zutrifft, dass Jagdflugzeuge der ukrainischen Luftstreitkräfte ursächlich am Abschuss der malaysischen Verkehrsmaschine (Flug MH 77) über der Ostukraine beteiligt waren, dann wollen wir auch wissen, ob dieser militärische Angriff gegen ein ziviles Linienflugzeug mit der Bundesregierung abgesprochen war. Einmal mehr wäre die NATO dann der Lüge überführt.

Hilmar Franz

Fazit

Rudolph Bauer, Mit-Organisator und Referent der „Antikriegskonferenz Berlin 2014“

Im Zentrum unserer Antikriegskonferenz stand, auf all das aufmerksam zu machen und für all das zu sensibilisieren, was gegenwärtig an neuen Formen imperialistischer Kriegsvorbereitung und Kriegsführung der Fall ist. Die umfassenden Bestrebungen zur Herstellung von imperialer Normalität müssen öffentlich gemacht werden, um ihnen die Stirn bieten zu können. In einem nächsten Schritt wollen und werden wir die sachkundigen Analysen und kritischen Erkenntnisse bündeln und in einen theoretischen Zusammenhang bringen. Wenn es uns darüber hinaus gelingen sollte, die vielfältigen existierenden Friedensaktivitäten zusammenzuführen, wird dies dazu beitragen, die gemeinsame praktische Gegenwehr wirkungsvoller zu machen.

Es hat Methode, dass die bürgerlichen „Leitmedien“ die Aufmerksamkeit der Menschen gerade im Jahr 2014 auf Muster der Weltkriege 1914–18 und 1939–1945 orientieren, um in infamer Weise abzulenken von der völlig neuen Kriegsmaschinerie und Propaganda des Digitalen Zeitalters. Wir sollen uns alle harmlos an neue militärische Konzepte und militärtechnische Instrumente gewöhnen. Zu den klassischen Auseinandersetzungen von Staaten gegen Staaten und Blöcken gegen Blöcke sind heute u. a. Kriegsallianzen unter Einschluss der Bundesrepublik, so genannte asymmetrische Kriege und geheimdienstliche Unterwanderungen gekommen. Im Visier stehen angebliche Schurkenstaaten oder zweckdienliche Terroristen, weil sich sonst zeigen würde, dass die NATO überflüssig ist. Von den USA und ihren Vasallen, nicht zuletzt von der Regierung

der Bundesrepublik, werden die neomilitaristischen Kriegsgreuel inszeniert und organisiert. Am Beispiel von IS ist das offenkundig. Zunächst haben die USA den so genannten Islamischen Staat mit Geld und Waffen aus- und aufgerüstet. So schufen sie sich ihr Alter Ego, mit dem sie die Welt in Schrecken setzen und auf das sie nun schießen und Bomben werfen. Unser Bewusstsein soll mit einer Vorstellung von Welt vernebelt werden, welche mit der Realität nichts zu tun hat und welche die tatsächlichen Verbrechen als humane Retter erscheinen lässt. Das ist pervers und paradox. Nur wenn man genau hin schaut, kann man erkennen, wie Kriege inszeniert werden und wer die Strippen zieht.

Als Pazifistinnen und Pazifisten sind wir Realisten. Wir wollen und müssen daher konkrete Schritte unternehmen und uns gegen ein System zur Wehr setzen, das zum Ziel hat, dass wir alle blöd gemacht und verheizt werden. Wir können in selbstorganisierten Zusammenhängen aufklären und eine wissenschaftliche Weltsicht thematisieren, die über den Krieg hinaus reicht. In Lehre, Forschung und beim Voneinanderlernen soll einer anderen, friedlichen Welt der Weg geebnet werden. Wir sind Realisten; uns geht es nicht darum, ein Wolkenkuckucksheim zu schaffen. Konflikte wird es auf der Welt weiterhin geben, und sie müssen auch ausgetragen werden. Die Frage ist nur, mit welchen Mitteln das geschehen soll, ob mit Gewalt oder mit Methoden der Kommunikation, der Mediation, des solidarischen Handelns, der Diplomatie und im Sinne kollektiver Sicherheit. Wir gehen aus dieser Konferenz mit einem gewissen Optimismus

AKK

Vom 3. bis 5. Oktober wurde die diskussionsfreudige „Antikriegskonferenz Berlin 2014“ von einer Initiative gleichen Namens (AKK) veranstaltet. Dieses freie und politisch unabhängige Forum von Frauen und Männern, jüngeren wie älteren aus Wissenschaft und Publizistik – interdisziplinär, kritisch, antimilitaristisch – wandte sich an Werkätige und Gewerkschafter, Eltern und Pädagogen, Schüler, Studierende und Wissenschaftler, Kulturschaffende und Medienleute, an Hartz-IV-Bezieher sowie an Rentner. Als Förderer wirkten das Bremer Friedensforum, der Wissenschaftliche Beirat von attac und die IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. mit. Hinzu kamen ideelle Unterstützer: Die Anstifter e.V.; IALANA – Internationale Vereinigung gegen Nuklearkrieg, Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen, für gewaltfreie Friedensgestaltung; die Internationale Liga für Menschenrechte; eine gemeinnützige Friedensstiftung; das Bremer Nahostforum; die Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit sowie der Republikanische Anwälten- und Anwaltverein RAV. Die im Verlag 8. Mai erscheinende Zeitschrift Melodie & Rhythmus war Medienpartnerin.

Stichworte für Vorträge, die umfassender informieren und die Bereitschaft zum antimilitaristischen Widerstand möglichst aktiv anregen wollten, waren unter anderem: Computerspiele als virtuelles Schlachtfeld, die kriegerische Instrumentalisierung der Populärkultur, die Herstellung imperialer Normalität in Lehrbüchern, die militärisch instrumentalisierte Forschung an Universitäten und Hochschulen, die „zivil-militärische Zusammenarbeit“. Skandalisiert wurde, wie die Bundeswehr Freiwillige mit Hochglanz-Karriereversprechungen an und in den Schulen, im Internet, bei den Arbeitsagenturen ködert. Das „Kriegshandwerk“ wird privatisiert („Blackwater“) und automatisiert (Killerdrohnen und -roboter). Der Militarisation und immer aggressiveren Kriegführung nach außen, global, selbst als „Freihandel“-Diktat im Dienst der imperialistischen „Geopolitik“, entspricht die Militarisation der Gesellschaften nach innen. Neben der Polizei und dem Gesundheitswesen sind u. a. das Deutsche Rote Kreuz und das Technische Hilfswerk militärisch eingebunden und als Teil der Kriegsmaschinerie in die Pflicht genommen. Die Angst, die mit der verdachtsunabhängigen Überwachung des Internetverkehrs geschürt wird, soll das „Schmieröl“ imperialistischer Staatensysteme sein.

nach Hause: in unsere Betriebe und Labors, in die Schulen und Universitäten, in die Nachbarschaften und Vereine. Krieg, Waffengewalt, Rüstung und Militäreinsätze im In- und Ausland komplex zu analysieren und öffentlich zu machen, ist ein ernstes Anliegen und dringend notwendig. Hier, bei unserer Konferenz, hat es sich aber auch erwiesen, dass es Mut und Spaß machen kann, unter Gleichgesinnten sich zu verständigen und die notwendige Kraft zu sammeln für die gemeinsamen Aufgaben.

*Rudolph Bauer, war bis 2002 Professor für Sozialpädagogik/Sozialarbeitswissenschaft an der Universität Bremen. Er ist wissenschaftlicher und literarischer Autor, Essayist, Publizist und Bildender Künstler und im Bremer Friedensforum aktiv.